

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 s je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Nr. 220.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 19. September 1930.

12. Jahrgang.

Verstand allein versteht nicht weiter,
als Verstand verstehen kann —
und kommt es auf nichts andres an,
ist mit Verstand genug getan!

Doch nur

Wer das Herz auf dem rechten Fleck,
erschließt der Dinge letzten Zweck!

Caesar Flaischert.

Die Quittung des deutschen Volkes Wahlbetrachtungen.

107 Sitze für die Nationalsozialisten. Eine Wendung, die selbst die Nationalsozialisten in ihren kühnsten Träumen nicht erhofft hatten. Die Optimisten unter ihnen glaubten bereits mit 60 bis 70 Sitzen einen glänzenden Erfolg erzielt zu haben. 12 Mandate hatte die NSDAP im alten Reichstag, die sie mit rund 800 000 Stimmen erreichte. Mehr als 6 Millionen Stimmen bringen ihr diesmal 107 Sitze ein.

Der Zweck der Wahl sollte der sein, die Mitte so zu stärken, daß sie notfalls auch ohne Sozialdemokratie dem Kabinett Brüning eine genügend starke Regierungsbasis abgeben. Nur die Wahljournale der Zentrums- und Volkspartei zeigen diese Tendenz. Alle übrigen Mittelparteien haben mehr oder weniger starke Verluste erlitten. Selbst die Volkspartei, die die außenpolitischen Erfolge Dr. Stresemanns, die noch immer stark umstritten sind, für sich in Anspruch nehmen konnte, hat verloren. Die Rheinlandräumung schien dem deutschen Volke mehr eine Selbstverständlichkeit, als ein Erfolg zielbewusster Politik.

Interessant ist es, festzustellen, daß selbst der Name Hindenburg, den man mehr oder weniger geschmackvoll in den Vordergrund rückte, als Propagandamittel verlagert hat. Er konnte den Rückgang der Mittelparteien nicht aufhalten. In sofern also hat das Kabinett Brüning eine Niederlage erlitten, wenn auch nur eine zahlenmäßige.

Die SPD verlor, obwohl sie mit stärksten Propagandamitteln arbeitete und einen starken, in sich gefestigten Block bildet, dessen Grundlagen weniger die Partei als die sogenannten Freien Gewerkschaften bilden, reichlich 500 000 Stimmen, die wohl eher den Kommunisten als den Nationalsozialisten zugefallen sind. Anstatt der einzigen 70 Mandate haben die Deutschnationalen 41 errungen. Hugenberg's Politik, gemessen an den Erfolgen der Konservativen des Landbundes, scheint durch den Ausgang der Wahl gerechtfertigt. Wenn die Deutschnationalen sehr erhebliche Stimmen an die Nationalsozialisten verloren haben, so ist das sowohl auf die Absplittlungstendenzen der Konservativen und des Landbundes zurückzuführen, als auch auf die zwiespältige Haltung der Deutschnationalen, bevor Hugenberg sich zur unbedingten Opposition entschloß. Hätte Hugenberg diesen Schritt zur unbedingten Opposition früher durchgeführt, und wäre die zwiespältige Haltung der Deutschnationalen beim Dawesplan nicht noch in so guter Erinnerung, so würden die Deutschnationalen ohne Zweifel ihre alte Mandatsziffer wieder erreicht haben.

Für den, der die Volkstimmung aus eigener Anschauung kennt, ist das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen nicht ein Bekenntnis zum nationalsozialistischen Programm, sondern der Ausdruck der Empörung und Verzweiflung der bürgerlichen Mittelschichten, des Mittelstandes, der Gewerbetreibenden und der Bauernschaft. Wir müssen es an dieser Stelle einmal klar aussprechen, daß keine der Mittelparteien diese bürgerlichen Schichten ausreichend parlamentarisch vertreten hat. Der von der Sozialdemokratie gewollten Entbürgerlichung, Proletarisierung und Besitzlosmachung hat die Mitte niemals kräftigsten Widerstand entgegengesetzt, und wenn Kompromisse mit den Gegnern des Mittelstandes und der Bauernschaft zu schließen waren, so haben die Mittelparteien diese Kompromisse auf dem Rücken des Mittelstandes ausgefochten. Was heute nationalsozialistisch gewählt hat, ohne der Partei anzugehören, ist jener proletarisierte Mittelstand, der keine Heimat bei den Mittelparteien gefunden hat, und der weltanschaulich mit den Marginalen nichts zu tun haben will. Für diesen Teil des Volkes gab es nur eine Liste, eben die Liste 9.

Die Wahlen vom 14. September waren für diese bürgerlichen nicht so sehr Gesinnungswahlen als vielmehr Verzweiflungswahlen. Daraus müßte und sollte jede kommende Regierung lernen. Ihr Geschrei über die Radikalisierung des politischen Lebens ist so lange unberechtigt, als sie selbst eine starke Mitschuld trifft durch völlige Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen jener Schichten. Neben die Zusammenbrüche, Konkurse, Zahlungsbe-

fehle, Wechselproteste und Pfändungen, die den Mittelstand betreffen, noch immer keine deutliche Sprache?

Die Wahlen am 14. September waren aber zugleich Empörungswahlen. Empörungen gegen die Disfizierung jenes Volksteils, der aus Anlaß des Volksbegehrens anderer Ansicht war als die Regierung und letzten Endes recht behalten hat. Als politische Verbrecher, als Staatsfeinde, zum mindesten als Idioten bezeichnete die der Regierung freundliche Presse jenen Volksteil, und selbst Minister, die überparteilich sein sollten, schreckten in ihren Rundfunkreden vor Disfizierung nicht zurück. Empörungswahlen auch gegen das System, das z. B. in Preußen der Ministerpräsident Dr. Braun aufrecht erhält, ein System, das bedenklich an die Zeiten des Sozialistengesetzes im Kaiserreich erinnert.

In Preußen regiert seit Jahren eine Mehrheit, die keinesfalls der Volkstimmung mehr entspricht. Die zahlenmäßig starke Minderheit wird seit 4 Jahren völlig haltlos gestellt und unterdrückt. Es wird dort mit Notverordnungen regiert, die sich wenig vom Artikel 48 der Reichsverfassung unterscheiden, auch wenn der sie handhabende Ministerpräsident sich noch so viel Mühe gibt, einen wesentlichen Unterschied gegenüber dem Artikel 48 zu konstruieren. Ungestraft lassen sich auf die Dauer einige Millionen Menschen nicht vergewaltigen, auch wenn das Regierungssystem so ausgeklügelt ist, daß eine Mehrheit eine starke Minderheit mit verfassungsmäßigen Mitteln unterdrücken kann. Eine Wahl der Empörung gegen das Wesen mit zweierlei Maß, welches mit dem Scheine des Rechts geißelt wird.

Vielleicht, daß die Parteien, die sich die staatsstreuen nennen, sich darauf besinnen, welche außerordentliche Wichtigkeit beim Deutschen die Gefühlswerte im politischen Leben haben. Aus dieser Verletzung der Gefühlswerte ist schließlich und letzten Endes der unfelige Flaggenstreit entstanden und aus Ungeschicklichkeit ist es dem neuen Deutschland nicht gelungen, den abseits stehenden Teil des deutschen Volkes für den neuen Staat zu gewinnen. Mit der Disfizierung jenes Teils als „Staatsfeind“ findet der Konflikt keine Lösung.

Die Deutsche Staatspartei (die Demokraten verfügten über 25 Sitze im alten Reichstag) zieht nur mit 20 Sitzen in den neuen Reichstag ein. Sie hat von der stärkeren Wahlbeteiligung keinerlei Vorteil gehabt. Das Mißtrauen gegen die Demokraten, die von rund 75 Sitzen in der Nationalversammlung auf jetzt 20 zurückgegangen sind, konnte nicht durch das neue Firmenschild und leider auch nicht durch das Eintreten des Jungdo gehoben werden, obwohl man gerade jenen Kräften, die im Jungdo ihr Wirkungsfeld haben, einen besseren Erfolg gewünscht haben würde. Vielleicht, daß eine nächste nicht allzuferne neue Wahl für diese Partei bessere Aussichten bringt, wenn sich diejenigen Kräfte in ihr durchsetzen, die aus dem Lager des Jungdo stammen und endlich einmal reinen Tisch mit der Partei- und der Interessenwirtschaft im Parlament machen.

Und die Konsequenzen der Wahl? Der Zweck der Wahl, für Brüning eine Mehrheit zu schaffen, ist nicht erreicht. Die Mitte wird nicht mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten wollen, und so ergibt sich das traurige Bild, daß rund 10 Millionen deutscher Staatsbürger um das Ergebnis ihrer politischen Willenskundgebung mit Hilfe des parlamentarischen Systems betrogen werden. Man wird entweder zur großen Koalition zurückkehren, also einem Zustand, den wir jahrzehntlang gehabt haben, ohne daß er die politische Befriedung brachte, und Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben löste. Oder man wird ein Minderheitskabinett bilden mit vorher genau abgesprochenen Neutralität der SPD, die sich diese um so höher bezahlen lassen wird, je unpopulärer die Maßnahmen der neuen alten Regierung sein werden. In beiden Fällen ist vorauszusetzen, daß der Reichstag keine allzulange Lebensdauer haben wird, da klare Mehrheitsverhältnisse auch in seiner Zusammenfassung nicht gegeben sind.

Daß die radikale Rechte und Linke Gelegenheit finden und wahrnehmen wird, den Gang des Parlamentes zu stören, ist nicht nur zu erwarten, sondern auch menschlich durchaus verständlich, denn rund 10 Millionen Wähler von rechts und rd. 4 1/2 von kommunistischer Seite finden in dieser Opposition bei dem heutigen parlamentarischen System die einzige Möglichkeit, ihrem Willen, wenn auch nur nach der negativen Seite, Ausdruck zu geben. Wenn sie nicht zur positiven Mitarbeit herangezogen werden, und daran zu denken, ist die bürgerliche Mitte weder klug noch sachlich genug. Die bürgerliche Mitte mit Ausschluß des Zentrums klebt an Schlagwörtern, die längst ihres idealen Gehaltes und ihrer Lebenswerte beraubt sind und wird von der Furcht gepeinigt, daß der Gang der Ge-

schichte eines Tages über das liberale Bürgertum gehen könnte.

Nicht unbeachtet kann die Tatsache bleiben, daß das Zentrum, wenn es auch im ganzen gesehen, keine erheblichen Erfolge aufzuweisen hat, eine systematische Ausbaupolitik aufweist, die man mit dem Wort „Gegenreformation“ bezeichnen muß. In fast rein evangelischen Gebieten nehmen die Stimmen des Zentrums zu. Eine kluge Beamtenpolitik und Siedlungspolitik arbeiten hier Hand in Hand. Das Zentrum benutzt seine politische Macht, um die „Kolonisation“ fortzusetzen. Das evangel. Deutschland wird eines Tages überrascht sein von dem Anwachsen der Stimmen für die Zentrums- und in rein evangelischen Gebieten.

Alles in allem: die Wahl vom 14. September hat keine Entscheidung gebracht, wenn auch die Klärung der Fronten wesentlich fortgeschritten ist. Der Ausgang der Wahlen ist ein Warnungssignal für die bürgerlichen Mittelparteien, nicht weiter wie bisher die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes zu verraten, in mehr als üblen Kompromissen jener einstmaligen so starken, den Staat tragenden Schicht.

Aber auch für die Sozialdemokratie, insbesondere für ihre Machteponenten in Preußen und im Reich, bedeutet das starke Anwachsen der Nationalsozialisten ein Warnungssignal. Auch dann, wenn durch das heutige parlamentarische System NSDAP und SPD zur bloßen Opposition verurteilt sind.

Sicher ist, daß die bürgerlichen Parteien der Mitte, also Staatspartei und Volkspartei, bei kommenden Wahlen noch erheblich schlechter abschneiden werden, wenn sie nicht einmal ganz energisch Front gegen die Ueberspannung der Machtgier der SPD machen.

G. B. A.

Weltanschauungswahl.

Man wollte das öffentliche Leben dahin aufklären, daß in unserer aufgeklärten Zeit und im Reichstag die Weltanschauung nichts mehr gelte, die Interessen aber alles.

Und siehe da: eine Wählerschaft, wie sie Deutschland nie gesehen, gibt den Weltanschauungsparteien — Christlich-sozialer Volksdienst, Kommunisten, Zentrum, Nationalsozialisten — Auftrieb. Je verwackelter aber die Weltanschauung einer Partei ist, je mehr wurde sie zurückgeworfen.

Freilich könnte man es auch eine Wahl der Verzweiflung nennen. Je extremer man zur Rechten oder zur Linken redete, je lieber war es dem Wähler. Er brachte die Nationalsozialisten auf 107, die Kommunisten auf 76 Mandate: was wird das für ein Reichstag und was wird das für ein Winter werden, wenn die Zahl der Arbeitslosen, wie stets im Winter, weiter ansteigt.

Unter diesem Schwere und Großen des Gesamtergebnisses tritt das Nächstste fast zurück: der verachtete Christlich-soziale Volksdienst hat es auf 14 Mandate und auf 967 377 Stimmen gebracht. Gewiß beklagen wir schmerzliche Opfer: Hülfers, D. Strathmann, Duden und Behrens und manche andere drangen in diesem Wahlkampf nicht durch. Vielleicht kehrt noch Freund Behrens über die Reichsliste wieder; die Reichsleitung des Christlich-sozialen Volksdienstes wird nächster Tage darüber beraten.

In Württemberg und in Westfalen-Süd ist der Christlich-soziale Volksdienst stärker als die Hugenberggruppe der Deutschnationalen. Die Wahlkreisverbände Württemberg und Westfalen entsenden je zwei Abgeordnete (Simpfendorfer, Bausch, Lic. Schmidt, Rippel) in den Reichstag. Die Stimmen Dubens in Düsseldorf-West genügen, um Hennes vollends in den Sattel zu helfen; Hartwig hat es, wenn auch knapp, in Hessen-Rassau geschafft; die sächsische Einheitsliste brachte Dr. Echte reichlich durch.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg-Grenzmark brachte zwar rund 60 000 Stimmen auf, aber doch kein Mandat — die Großstadt ist halt ein ganz harter Boden! — und ähnlich erging es vielen anderen Verbänden beim ersten Anlauf. Die Konservativen werden, viel mehr als wir, spüren müssen, daß aller Anfang schwer ist. Aber alle Stimmen des Christlich-sozialen Volksdienstes, die in Wahlkreis und Wahlkreisverband zur Hebung kamen, fielen nicht ins Leere, sondern sie konnten, soweit man es zur Stunde übersehen kann, auf der Reichsliste voll ausgenutzt werden, die uns Kling, Paul Schmidt-Kassel, Frau Eitner, Landwirt Renken, Bausch, Präsident Muntau und den Schreiber dieser Zeilen bringt.

Wenn wir auch mit 14 Mandaten nicht die volle Fraktionsstärke haben, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß sich die Wege finden, die zur Beteiligung an allen Aus-

Schulberatungen führen. Nur ist darüber zur Stunde noch nichts bestimmtes zu sagen.

Eines nur ist sicher: mögen immerhin die großen Blätter, wenn sie die Wahlergebnisse bringen, uns totschweigen, unsere 14 Mandate können sie nicht hinwegzaubern. Mag immerhin selbst die amtliche Berichterstattung am Rundfunk uns zu den „Splitterparteien“ werfen — es wird über die amtliche Berichterstattung noch ein ernstes Wortlein zu reden sein! — so kann doch, wer klare Augen hat, eine Gruppe, die auf den ersten Anlauf 14 Mandate erobert, nicht mehr unter die Splitter rechnen.

Vieles ist noch über das Wahlergebnis zu sagen, das eine klare Möglichkeit für einen arbeitenden Reichstag überhaupt nicht ergibt; für heute sei es mit diesen ersten Beobachtungen genug!

D. Reinhard Mumm, M.D.R.

„Hauszinssteuer“.

Der Aufsatz „Hauszinssteuer“ von W. Funke, in Nummer 212 des „Aufwärts“, kann nicht unwidersprochen bleiben. Die Allgemeinheit ist zu sehr an der Frage interessiert. Der Aufsatz, in dem so oft die Sachlichkeit einerseits und die Unerschrockenheit andererseits betont wird, ist Theorie, aber auch nichts als Theorie. Jener Theorie, an der wir alle noch zu Grunde gehen werden. Zunächst zu dem von Herrn Funke angeführten Beispiel: wo gibt es ein Haus, welches 1918 mit Hypotheken belastet war und das heute bei 500 RM Mietertrag nur 100 RM Hauszinssteuer zahlt? Der Satz beträgt vielmehr 52½ Proz. der Friedensmiete, demnach also die Steuer rd. 220 RM. Die weiter von Herrn Funke angeführten Beispiele sind auch nur Theorie. Ja, wenn das mit dem Kaufpreis so einfach wäre, indem man ihn mathematisch errechnet! Wie viele Fälle gibt es, wo ein Haus erworben werden muß, sei es, um einen festen Sitz für das Geschäft oder Gewerbe zu haben, sei es wegen Erweiterungen, sei es, um als Hypothekengläubiger bei Zwangsversteigerungen sein Geld zu retten usw. Wer heute zwangsbewirtschaftete Grundstücke kauft oder verkauft, tut es, wohl in den weitaus meisten Fällen, immer nur aus einem gewissen Zwange heraus. Und nun gar Scheinverkäufe zwischen Verwandten? Ist Herrn Funke nicht bekannt, daß jeder Grundstückswechsel etwa 8 Prozent des Kaufpreises an Notariats- und Gerichtskosten und Grunderwerbssteuer verschlingt? Glaubt Herr Funke, daß beispielsweise bei einem Objekt von 50 000 Mk. jemand 4000 Mark Besitzwechselabgabe opfert, nur um den Nachbester in den Genuß der ermäßigten Hauszinssteuer zu setzen? Da wäre ja für 10 Jahre schon wieder die Ermäßigung von 52½ auf 21 Prozent, die mindestens und unter allen Umständen gezahlt werden müssen, illusorisch gemacht. Wird jemand überhaupt notariell und gerichtlich, wie es nun einmal nicht anders geht, ohne den Kaufpreis wirklich zu bekommen, sein Haus scheitverkauft? So einfach ist die Sache nun doch nicht. Wegen etwaiger Angabe eines niedrigeren Kaufpreises zwecks Kostenersparnis sind ja auch Grenzen gezogen. Zunächst müssen die Parteien vor dem Notar versichern, daß der Kaufpreis richtig angegeben ist und zweitens müssen die Parteien bei einem niedriger angegebenen Kaufpreis damit rechnen, daß die Gemeinde von ihrem Recht, in den Kaufvertrag einzutreten, Gebrauch macht und daß die Parteien die „betrogenen Betrüger“ sind. Also auch hier wieder Theorie, nichts als Theorie.

Häuser, die gar keine Hauszinssteuer zahlen, gibt es ja überhaupt nicht, sofern es sich nicht um Neubauten

nach 1918 handelt. Alle Althäuser zahlen 21 Prozent mindestens, auch wenn sie gar nicht belastet gewesen sind und der Besitzer sich also nicht durch entwertete Hypotheken „bereichert“ hat. Und nun kommt die Hauptsache: die Neuerwerber von Althäusern fordern nicht, daß sie gar keine Hauszinssteuer zahlen sollen, sondern sie verlangen, sofern sie nicht aus den entwerteten Hypotheken, die die Vorbesitzer aufgenommen hatten, irgendwelche Vorteile haben, sondern das Haus reell und regulär zum heutigen Verkaufswert bezahlen, daß sie dann auch nur den Mindestsatz von 21 Prozent zu zahlen haben, wie die nicht belasteten Häuser. Das ist nicht mehr als recht und billig und jeder Vorurteilslose muß das einsehen. Es müssen Ausnahmen gemacht werden. Ebenso, wie die Steuerbehörde eine Ausnahme macht, wenn jemand ein Haus, das 1918 nicht belastet gewesen ist, besonders billig erworben hat, indem sie ihm dann sagt, daß die Berechnung des Mindestsatzes an Hauszinssteuer im Hinblick auf den gezahlten Kaufpreis, eine „unberechtigte Begünstigung darstellen würde“, und er dann trotzdem die erhöhte Miete zu bezahlen hat, ebenso muß umgekehrt verlangt werden, daß jemand, der ein Haus neu erwirbt, ohne irgendwelchen Nutzen aus früheren Hypotheken zu haben, auch nur einen Mindestsatz von 21 Prozent zahlt.

Darüber, daß die ganze Hauszinssteuer überhaupt eine ungerechte Steuer ist, kann wohl kein Vorurteilsloser und gerecht Denkender im Zweifel sein. Man überlege nur: dem Hausbesitzer werden 52½ Prozent des Ertrages aus seinem Hause vorenthalten und mit diesem ihm zwangsweise abgenommenen Gelde macht die öffentliche Hand Konkurrenz, indem sie Wohnungen erstellt. Dadurch, wenn auch nicht heute oder morgen, schafft sie Wohnungsüberfluß und entwertet die Althäuser. Eine größere Ungerechtigkeit ist ja gar nicht denkbar! Es ist immer wieder und überall das selbe Prinzip erkennbar: nur immer nehmen, wo noch irgendetwas zu holen ist, ohne Rücksicht auf das, was dadurch entsteht und bestimmt kommen muß. Mit der Industriebelastung ist es das gleiche. Seit dem Inkrafttreten des Youngplans ist die Industriebelastung weggefallen. Die Aufbringungszinsen für die Industriebelastung werden aber noch nach wie vor vom Staate weiter erhoben und für ganz andere Zwecke als den ursprünglichen und inzwischen weggefallenen Zweck verwendet.

Jeder weiß, daß man der Senne, wenn sie weiter ins Neß legen soll, mindestens 1 Ei drinlassen muß und sei es auch nur ein Tönel. Jeder Zinker weiß, daß man den Vienen wenigstens etwas von ihrer Tracht lassen muß. Nur die weisen und sachlichen Theoretiker glauben, daß der Mensch unermüdlich weiter arbeitet und frohnt, wenn ihm auch gar kein Erfolg seiner Unternehmungen, seiner Arbeit und Mühe gelassen wird.

W. Senger.

Nochmals Hauszinssteuer.

Der Verfasser des ersten Artikels in Nr. 202 äußert sich noch einmal wie folgt:

Der Schreiber des Aufsatzes „Hauszinssteuer“ in Nr. 212 des „Aufwärts“ ist der Ansicht, daß diese Sondersteuer auch dann mit Zug und Recht weiter verlangt werden könne, wenn ein vor 1918 gebautes Haus auf einen neuen Besitzer übergeht. Die Frage, ob die Hauszinssteuer überhaupt berechtigt ist, will ich hier nicht unteruchen. Jedenfalls ist es sehr sonderbar, daß nur der sogenannte „Inflationsertrag“ des Hausbesitzers besteuert wird, alle übrigen Inflationserträge dagegen nicht. Noch seltsamer ist, daß der Staat als lechender Dritte die Steuer von 1½ Milliarden an sich reißt, anstatt sie den geschädigten Hypothekengläubigern zuzuführen.

Sund, ich will ihn mir doch auch einmal ansehen. Der Paketot des Hundes verbarb Perlen und Diamanten in beträchtlicher Menge. Eine andere Dame, die mit mächtig viel Gepäck ankam, gab ihrem Mädchen, das sie in Deutschland gemietet hatte, verschiedene Gepäckstücke, u. a. auch eine Schachtel mit französischen Süßigkeiten, auf die sie besonders achten sollte. Der Inspektor, ein freundlicher Mann, der auch ein Deutscher war, sah sich das Gepäck des Mädchens an und ließ sie auch die Schachtel mit den Süßigkeiten öffnen. „Die Sachen sehen gut aus“, sagte der Beamte. „Ja“, erwiderte das Mädchen, „sie sind auch in Paris gekauft.“ „Ich glaube, ich habe etwas noch niemals in meinem Leben gegessen, es muß ausgezeichnet schmecken.“ Das Mädchen sah sich um, ob sie beobachtet werde und reichte dem höflichen Inspektor die Sachen hin. „nehmen Sie sich doch eins“, sagte sie. Er biß durch die Süßigkeit und entdeckte, daß er an einem Diamanten kante. Die Schachtel war voll davon. Ein anderer Zollbeamter bemerkte, wie ein weiblicher Passagier zu einer Freundin rannte und sie mit einem etwas langen Kuß umarmte. Die Frauen trennten sich gleich wieder, aber der Beobachter sah, wie die Freundin ihr Taschentuch nahm und an ihre Lippen führte. Sie wurde zurückgehalten und man fand in ihrem Taschentuch einen großen Rubin von beträchtlichem Wert, der während des Rufes übertragen war. Die Zollwächter könnten nicht so findig sein, wenn nicht auf dem Festlande, besonders in Paris, Geheimbeamte wären, die rechtzeitig auf verdächtige Personen aufmerksam machen. So wird z. B. bei der Ankunft in Amerika einer Dame von dem Zollbeamten mitgeteilt, daß sie in Paris bei einem Juwelier einen Einkauf gemacht habe. Sie sei um zwei Uhr da eingetreten und hätte sich eine Stunde dort aufgehalten. Ob sie sich daran nicht mehr erinnerte? Kann sie sich nicht erinnern, so würde sie der freundlichen Regierung von Washington wohl den Dienst tun, in jene kleine Kammer für einen Augenblick hineinzutreten. Hier wird sie mit Röntgenstrahlen durchsucht und der Schmuggel bald herausgefunden. Wenn sie sich aber erinnert, dann sagt sie mit entschuldigendem Lächeln: Weinake vergaß ich den kleinen Einkauf, den ich für meine Tochter machte. Es sollte eine Geburtstagsüberraschung sein, von der keiner et-

Nun meint der Verfasser obigen Artikels, der Käufer eines alten Hauses erziele auch einen „Inflationsertrag“, weil er für das Haus entsprechend weniger zahle. Es ist richtig, daß zwangsbewirtschaftete Häuser fast ganz unverkäuflich sind, z. B. habe ich das meinem Schwager in Brasilien gehörende Wohnhaus in S., das nachweislich 45 000.— Friedensmark gekostet hat, zu 30 000 RM angeboten, ohne einen Käufer zu finden. Selbst wenn es gelänge, zu diesem Preis das Haus loszuschlagen, hätte der bisherige Besitzer zunächst 15 000.— RM (nach der Kaufkraft 20 000.— RM) seines Vermögens glatt verloren und außerdem die Hauszinssteuern für die letzten 5 Jahre mit rund 5 000.— RM eingebüßt. Hätte er sein Vermögen vor dem Krieg im Ausland belassen, anstatt in Deutschland ein Haus zu bauen, so würde sich sein Vermögen mühelos auf mindestens 55 000.— RM erhöht haben. Die Hauszinssteuer soll angeblich eine Gegenleistung für den Inflationsertrag sein. Wenn aber noch obendrein durch diese Steuer der Verkaufswert um dreißig bis vierzig Prozent herabgedrückt wird, so halte ich das für eine brutale Ausbeutung. In obigem Falle müßte also der Verkäufer die ursprünglich auf 2 Jahre befristete Hauszinssteuer für rund 15 Jahre weiterzahlen in Form von Substanzverlust und ebenso soll sie der Käufer tragen, weil er angeblich den Verkäufer auf Grund der ungerechten Steuer um 15 000.— Reichsmark geschädigt hat. Ist das steuerliche Gerechtigkeit? Welche Inflationsteuer zahlen die Käufer von Aktien, Grundstücken, Obligationen, Devisen usw.?

Neue Belastungen werden überhaupt nicht berücksichtigt. Wenn also ein Kleinhausbesitzer gezwungen ist, aus Not eine Hypothek aufzunehmen, so muß er trotzdem nach wie vor die volle Hauszinssteuer zahlen.

Eine Verzinsung des Eigenkapitals von 4—5 Proz. bei zwangsbewirtschafteten Mietshäusern und Kleinhäusern ausgeschlossen.

Sch. D.

Der neue Reichstag.



Die kleinen Parteien setzen sich folgendermaßen zusammen: Landvolk 18 (9), Landbund 3 (—), Volkskonservative 5 (—), Deutsch-Hannoverscher 3 (4), Deutsche Bauernpartei 6 (8), Christlich-Sozialer Volksdienst 14 (—).

— Die Neuwahlen zum Danziger Volksstag finden am 16. November statt.

was wissen sollte. Dabei zieht sie ein Lederetui mit einer Diamantenbroche aus einem versteckten Winkel ihres Kleides hervor. Will sie dann noch versuchen, den Preis der Steine zu niedrig anzugeben, so zeigt sich, daß der Zollbeamte auch über den Preis genau Bescheid weiß und sie einen Prozeß riskiert, der ihr viele tausend Dollars kosten würde.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Percival Booth, **Arbeiterheime und ländliche Gemeinden.** Das kleine Heft bringt das Ergebnis einer 10-jährigen praktischen und wissenschaftlichen Arbeit: In ländlichen Gemeinden sollen keine Einfamilienreihenhäuser und keine Einfamilienhäuser, sondern sehr beschickte kleine Einzelhäuser gebaut werden nach dem Vorbild des 1885 von Pastor D. von Bodelschwingh in Bethel-Bielefeld gegründeten Deutschen Vereins Arbeiterheim. — Gerade jetzt wird die Wohnungsnot der kleinen ländlichen Gemeinden erkannt und die Lösung der Wohnungsfrage darin gesehen, daß man durch den Bau von Arbeiterheimen in ländlichen Gemeinden die Bevölkerung auf dem Lande festhält. Das Heft kostet nur 80 Pfennig. Verlag von Gustav Winter, Herrnhut i. Sa.

Vom gleichen Verfasser und Verlag erschien:

Kirchlich-soziale Wohnungsfürsorge in Sachsen. Ein reicher Inhalt in einem kleinen Heft. — „Soll und kann Pfarrlehn in Erbbaurecht gegeben werden?“ Diese für viele Gemeinden heute so wichtige Frage wird auf Grund praktischer Erfahrungen und wissenschaftlicher Kenntnisse beantwortet. — Die Kirchlich-soziale Wohnungsfürsorge wird als christliche Liebesarbeit aus dem Glauben heraus gesehen. Die letzten und tiefsten Werte des Eigenheims werden gezeigt und die Herzen bewegt, die Wohnungsnot lindern zu helfen durch kleine Opfer. — Wem es ernst ist um die Behebung unserer schlimmsten sozialen Not, wird dieses Heft selbst lesen und — verbreiten helfen, kostet es doch nur 60 Pfennig.

Außen

Das Ver

Ein amerikanischer Der Preisse ausgewiesenen a widmet dem W achtung. In ein Zeitungen des r Gewinn der r brechen von W wörtlich:

„Eine Ge Europa schon fallter Nat deutsche Nat wie brutal Goldmillionen srie. Er bed schen, Entmu keine Na aushalten stituten in Volkswirtu es nicht besse Zeit ist es Ver breche gesehen zu vom Mäden u zu spät sein, und der bosh Von deu daß dieser Mal Verlegers ein zu einer ents zu spät ist.

Stimm

Wenn man sich des Einde Pariser Presse gnügt sich do Stimmen auf Allenfalls gib die alle Länd sierung der tiefste Grund teien, nämlich trag wird be tungen stillk ment kam da seit hervorge Reichsau großen Mebe bereits in ein sen, daß Deu ders schwer b schaft durch d vorbelastet se minister Dr. die politische sachen der „ deutsche Volk 12 Jahre l Opferbringen das lasse sich Wer draußen des Mögliche möge sich ein weien sei. St

Die

Erklärung vert von Soziald

Nachdem neuen Reich festgelegt w Führung m Zunächst Reichslanze schen Volk lungen mit rung vertre von unterri es sich dabe handeln, son Gefesvorle zuleiten wil

Allem Soziale gewinner Bindung ha rungsminis labinett nio Kanzler mi katie die A dern sich se mit ihrer d der Kanzler wird sich i ernstes Sin Regierung sätzlich die No die bekannt worden sin kraten die als Initiat ohne vorher hande tom

Außenpolitische Wirkungen der Reichstagswahl.

Das Verbrechen von Versailles.

Ein amerikanisches Urteil zum Wahlergebnis.
Der Presselöcherer des kürzlich aus Frankreich ausgewiesenen amerikanischen Zeitungsmagnaten Hearst widmet dem Wahlausgang in Deutschland größte Beachtung. In einem Artikel, der in sämtlichen zwanzig Zeitungen des Konzerns erschienen ist, wird der Wahlergebnis der radikalen Flügelparteien auf das „Verbrechen von Versailles“ zurückgeführt. Es heißt da wörtlich:

„Eine Gefahr, die sich selbst halbblinde sehen, hätte Europa schon lange vorher erkennen sollen. Der Versailler Vertrag, der dazu bestimmt war, die deutsche Nation verbluten zu lassen, ist ebenso dumm wie brutal. Er saugt alljährlich in Hunderten von Goldmillionen das Lebensmark aus der deutschen Industrie. Er bedeutet lange Arbeitslosigkeit für jeden Deutschen, Entmutigung für Volk und Einzelmenschen. Keine Nation wird das auf die Dauer aushalten, keine kann es aushalten. Wenn die Alliierten in Versailles mit voller Ueberlegung die Volksgewissung Deutschlands geplant hätten, hätten sie es nicht besser und erfolgreicher tun können.“

Jetzt ist es an der Zeit, die Torheit und das Verbrechen des Versailler Vertrages ungeschrien zu machen und die schwere, untragbare Last vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen. Es wird zu spät sein, wenn sich Deutschland wirklich Aufrüstet und der bolschewistische Politik zuwendet.“

Von deutscher Seite kann man nur wünschen, daß dieser Mahnruf des einflussreichsten amerikanischen Verlegers ein hundertfaches Echo finden und die Welt zu einer entschlossenen Tat veranlassen möge, ehe es zu spät ist.

Stimmen der Vernunft.

Wenn man die französischen Pressekommentare zur deutschen Reichstagswahl durchliest, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Urteil der Pariser Presse doch reichlich oberflächlich ist. Man begnügt sich dort damit, das Anwachsen der radikalen Stimmen auf innerpolitische Momente zurückzuführen. Allenfalls gibt man noch der großen Wirtschaftskrise, die alle Länder erfaßt habe, Schuld an der Radikalisierung der deutschen Wählermassen. Der letzte und tiefste Grund für das Anwachsen der extremen Parteien, nämlich der Versailler Friedensvertrag wird von den französischen Blättern aller Richtungen stillschweigend übergegangen. Dieses wichtige Moment kann daher nicht laut genug in der Öffentlichkeit hervorgehoben werden.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat in seiner großen Rede vor der Genfer Völkerbundsversammlung bereits in einer Zwischenbemerkung darauf hingewiesen, daß Deutschland durch die Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen werde, weil seine gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen auf das schwerste vorbelastet sei. Noch deutlicher hat der Reichsaussenminister Dr. Brüning in seinem Kundfunkvortrag über die politische Lage nach den Wahlen die wahren Ursachen der „politischen Explosion“ dargelegt. Was das deutsche Volk, so führte der Minister aus, in einer 12 Jahre langen harten Schule des Leidens, des Opferbringens, des Ertragens von Lasten geleistet hat, das lasse sich auf die Dauer von keinem Volke ertragen. Wer draußen in der Welt nicht sehe, daß die Grenze des Möglichen für das deutsche Volk gekommen sei, der möge sich einmal prüfen, ob er selbst einmal jung gewesen sei. Jung sein heiße doch Lebenshoffnung in sich

tragen. Eine Jugend ohne Hoffnung, ohne Lebensfreude, das sei ein Widerspruch in sich. Deshalb möchten die Staatsmänner aller Nationen sich innerlich einmal überlegen, ob jetzt nicht die Zeit gekommen sei, die Probleme des deutschen Volkes im Rahmen der großen, alle umfassenden Weltwirtschaftskrise erneut einer Prüfung zuzuführen.

Im Ausland finden sich erfreulicher Weise einige mutige Leute, die es wagen, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. In erster Linie ist es wieder das bekannte englische Blatt „Manchester Guardian“, das erst kürzlich durch die Enthüllung des polnischen Geheimdokuments über die Verschlagung des deutschen Grundbesitzes in Polen eine äußerst verdienstvolle Tat vollbracht hat. Der Berliner Korrespondent des Blattes betont, daß das Anwachsen der nationalistischen Bewegung zum großen Teil die Folge der Behandlung Deutschlands seit dem sogenannten Frieden ist. Eine regere Tätigkeit in auswärtigen Angelegenheiten könne man vielleicht erwarten, jedoch keine radikale Verrücktheit. Paris und Warschau treffe ein Teil der Verantwortung für dieses Wahlergebnis: sie könnten jetzt dem deutschen Volke keine Vorwürfe machen. Der Korrespondent schließt: Der Kampf für und gegen die Demokratie — dies ist jetzt die wirkliche Streitfrage in der deutschen Politik — wird beginnen, sobald der neue Reichstag zusammentritt. Dieser historische Kampf wird hauptsächlich in Berlin entschieden werden, aber auch in London, Paris Warschau und Genf. Zum Schluß wird betont, daß die deutschen Wahlergebnisse Hendersons Genfer Argumente zugunsten einer raschen Abrüstung nicht widerlegen, denn die faschistische Stimmengruppe sei teilweise eine Reaktion auf die Nichtabrüstung der Sieger.

Auch einzelne amerikanische Blätter sind ehrlich genug, der Wahrheit die Ehre zu geben. Recht deutlich wird z. B. die New Yorker „World“. Das Blatt schreibt, Frankreich sei der Meinung, daß es vor kurzem Deutschland mit der Rheinlandräumung eine große Konzession gemacht habe. Vor fünf Jahren wäre die Rheinlandräumung in der Tat eine große Konzession gewesen. So aber hätte sich der extreme Nationalismus in Deutschland entwickeln können, während Frankreich zögerte, und das Zugeständnis am schließlich zu spät. Wollte Frankreich wirklich einen gemäßigten Republikanismus in Deutschland, so müsse es in seinen Zugeständnissen klüger sein, denn die Stützung der deutschen Republik und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung in Europa schienen in der von Henderson in Genf angedeuteten Richtung zu liegen, nämlich in der Anerkennung des deutschen Anspruchs auf die Gleichheit der Rüstungen durch eine wirkliche Verminderung der europäischen Rüstungen. Dies sei gewiß eine schwierige Aufgabe für Frankreich, das gleichfalls unter einem extremen Nationalismus leide. Allein die Lage Europas habe sich nun derartig verschlechtert, daß sie, sofern die Gemäßigten nicht Mut bewiesen, durch die viel klügeren Extremisten über den Haufen geworfen werden könne.

In Uebereinstimmung mit diesem Urteil der „World“ wird auch in anderen New Yorker Blättern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Wahlergebnis zur Folge haben werde, die Politik der Alliierten Deutschland gegenüber gemäßigter zu gestalten und diese bewegen könnte, durch eine nachgiebigere Haltung die Stellung der Mittelparteien zu stärken. In Frankreich wird Vertrauen zu der Sicherheit der deutschen Anleihen ausgedrückt. Es wird in diesen Kreisen nicht angenommen, daß der Young-Plan irgendwie gefährdet sei; man betont vielmehr, es sei ohnehin nur eine Frage der Zeit, bis der Young-Plan ähnlich wie der Dawes-Plan durch ein neues Abkommen ersetzt werden würde.

Der Ueberwachungsausschuß.

Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Wertpapiere.

Der Reichsausschuß für die Wahrung der Rechte der Volkvertretung (Ueberwachungsausschuß) trat unter dem Vorsitz des Abg. Henke (Soz.) am Mittwochmittag zusammen, um als ersten Punkt der Tagesordnung einen Beschlussesentwurf über die Aufhebung der Kapitalertragssteuer bei festverzinslichen Wertpapieren zu beraten. Ein sozialdemokratischer Antrag, diesen Gegenstand jetzt nicht zu beraten, sondern die Entscheidung darüber dem neuen Reichstag zu überlassen, wurde nach längerer Aussprache abgelehnt.

Von der Reichsregierung wurde zu der Verordnung ausgeführt, die Vorlage sei schon am 16. Juli d. J. dem Steuerausschuß des letzten Reichstags übergeben worden und der Reichstag habe ihr bereits zugestimmt. Es bestand die Absicht, den Beschlussesentwurf noch vor der Sommerpause des letzten Reichstags zu verabschieden. Der Steuerausschuß hatte zur Beratung eine Sitzung auf den 18. Juli anberaumt, diese Sitzung mußte aber ausfallen, da zur gleichen Stunde eine Vollsitzung des Reichstags angesetzt war, in der es dann zur Verabschiedung der Verordnung kam. Infolgedessen konnte die Verordnung vom Steuerausschuß nicht mehr verabschiedet werden. Die Wirtschaftskrise, so betont die Reichsregierung, haben aber an der abschließenden Verabschiedung der Verordnung ein dringendes Interesse.

Nach längerer Aussprache wurde die Verordnung unverändert in der Fassung der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, worin verlangt wurde, daß eine Frau Maria Blum, die in den neuen Reichstag als kommunistische Abgeordnete gewählt worden ist und gegenwärtig in einem Thüringer Gefängnis sitzt, sofort von der Thüringer Regierung freigelassen werden soll.

Schließlich beschloß sich der Ausschuß mit einem Schreiben des Reichsministeriums des Innern über die Wahlfreiheit.

Panuropa verlag.

Die Einsetzung des Studienkomitees einstimmig beschlossen. — Heranziehung außereuropäischer Mitgliedsstaaten.

— Genf, 17. September.

Die Völkerbundsversammlung hat in ihrer heutigen Vormittagssitzung die Panuropa-Entscheidung mit einigen redaktionellen Änderungen einstimmig angenommen. Die von einigen Staaten gewünschte Veränderung besteht darin, daß die in dem Satz, der von der Hinzuziehung der europäischen Nichtmitglieder zu den Arbeiten des Studienkomitees spricht, das Wort „europäisch“ gestrichen worden ist, so daß die neue Form der Entschließung auch die außereuropäischen Staaten umfaßt.

Der Präsident der Völkerbundsversammlung stellte fest, daß mit der Annahme dieser Entschließung die Einsetzung des Studienkomitees beschlossen sei, dessen Aufgaben sich aus der Entschließung selbst ergeben. Die Entschließung war das Ergebnis langwieriger Verhandlungen, die hinter den Kulissen der Versammlung, hauptsächlich zwischen Frankreich und England geführt worden sind. Formell bedeutet die Entschließung eine gewisse Genugtuung für Briand, dessen Vorschläge nach der Konferenz vom 8. September in der Hüt der vorgebrachten Vorbehalte und Bemängelungen unterzugehen drohten. Alle konkreten Vorschläge, die in der französischen Denkschrift vom 17. Mai und in dem der europäischen Konferenz vorgelegten Weißbuch enthalten waren, insbesondere die Schaffung eines autonomen Sekretariats, eines Rates der europäischen Staaten und andere organisatorische Maßnahmen, sind zwar durch die heutige Entschließung politisch für immer ausgeschaltet; aber die von Briand angeregte Idee als solche ist auch vom Völkerbund anerkannt und unter seinen Schutz gestellt worden.

Vom deutschen Standpunkte aus

ist das heute erzielte Ergebnis zu begrüßen, weil es jede organisatorische Festschließung vermeidet und der vollen Entwicklung derjenigen Fragen, auf die Deutschland besonderes Gewicht legt, jeden Spielraum läßt. Dies gilt vor allem für die wirtschaftlichen Fragen, die, wie es sich in der Völkerbundsversammlung gezeigt hat, nicht nur für Deutschland im Mittelpunkt des Interesses an einer europäischen Zusammenarbeit stehen. Es gilt auch für die in der deutschen Antwort erhobene und von anderen Regierungen unterstützte Forderung nach Heranziehung der europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes, also vor allem Rußlands und der Türkei. Durch die in der Entschließung ausdrücklich empfohlene Hinzuziehung außereuropäischer Völkerbundsstaaten zu den Beratungen des europäischen Komitees ist die Gefahr einer irgendwie garteten Isolierung Europas gleichfalls beseitigt.

Das weitere Schicksal

des fast einmütig von der gesamten Kulturlwelt begrüßten Gedankens einer engeren Zusammenarbeit der durch eine gemeinsame Geschichte und Kultur verbundenen europäischen Staaten hängt nunmehr in erster Linie davon ab, ob sich die Länder Europas ohne egoistische Sonderbestrebungen und ohne überholte Vorurteile auf dasjenige Mindestprogramm zu einigen vermögen, das sich aus den gemeinsamen Schwierigkeiten der Gegenwart für eine gemeinsame politische und noch mehr wirtschaftliche Aktion ergibt.

Dem Vernehmen nach wird das in der Entschließung vorgesehene europäische Komitee sich noch im Laufe der gegenwärtigen Völkerbundstagung konstituieren und Beschlässe über seinen weiteren Arbeitsplan fassen.

Kellogg wird Schiedsrichter.

Mit 30 Stimmen gewählt.

Am Mittwochvormittag wurde auch die Wahl des Nachfolgers des zurückgetretenen Mitgliedes des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, Hughes-Amerika vorgenommen. Mit 30 Stimmen wurde der ehemalige amerikanische Staatssekretär des Aeußeren Kellogg gewählt. Unabhängig hiervon wird noch in dieser Tagung auf Grund der Sitzung die Wahl der 15 Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes stattfinden, die seine Zusammensetzung vom 1. Januar 1931 auf neun Jahre bestimmt.

Die neuen nichtständigen Ratsmitglieder.

Die Völkerbundsversammlung hat an Stelle der auscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder Kanada, Kuba und Finnland für die nächsten drei Jahre Guatemala, Norwegen und Irland zu Mitgliedern des Völkerbundsrats gewählt. Guatemala erhielt 43, Norwegen 38 und Irland 36 Stimmen. Portugal hatte bei der Abstimmung 30 Stimmen erhalten.

Der Antrag der chinesischen Delegation, China die Wiederwählbarkeit für den Rat wieder zuzuerkennen, fand nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit und gilt deshalb als abgelehnt.

Reichstagsauflast.

Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses erst Anfang Oktober.

Die Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses der Reichstagswahl wird, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht vor dem 6. oder 7. Oktober erfolgen können. Vom 20. bis 25. September tagen die Kreiswahlausschüsse, so daß der Reichswahlausschuß frühestens am 27. September das endgültige Ergebnis feststellen kann. Dann folgt noch eine achtstägige Erklärungsfrist für diejenigen Abgeordneten, die mehrmals gewählt worden sind.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Am ersten Sitzungstage wird der Reichstag die Wahl des neuen Präsidiums vornehmen. Die Präsidentenposten dürften auch diesmal nach der Größe der Fraktionen verteilt werden. Den Präsidenten stellt wieder die Sozialdemokratie. An der Wiederwahl Böbes ist nicht zu zweifeln. Auf den ersten Vizepräsidenten haben die Nationalsozialisten Anspruch, als zweitstärkste Partei. Wahrscheinlich werden sie Goebbels dafür vorschlagen. Zweiter Vizepräsident

Die erste Fühlungnahme.

Brüning verhandelt mit den Parteiführern. — Eintritt von Sozialdemokraten in das Kabinett? Abänderung der Notverordnungen.

— Berlin, 17. September.

Nachdem der Termin für den Zusammentritt des neuen Reichstags jetzt endgültig auf den 13. Oktober festgelegt worden ist, hat die Reichsregierung jetzt die Fühlung mit den Parteien aufgenommen.

Zunächst hat eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz stattgefunden. Verhandlungen mit den Vertretern der übrigen in der Regierung vertretenen Parteien werden sich anschließen. Wie von unterrichteter Seite ausdrücklich betont wird, soll es sich dabei nicht um sogenannte Koalitionsgespräche handeln, sondern darum, eine Mehrheit für die neuen Gesetzesvorlagen, die die Regierung dem Reichstag zuleiten will, zu schaffen.

Allem Anschein nach denkt der Reichskanzler, einige Sozialdemokraten für sein Kabinett zu gewinnen, jedoch soll es sich um keine parteimäßige Bindung handeln, ebenso wie ja auch der Reichsernährungsminister Schuler bei seinem Eintritt in das Reichskabinett nicht parteimäßig gebunden sein wollte. Der Kanzler wird sich deshalb nicht von der Sozialdemokratie die Kabinettsglieder präsentieren lassen, sondern sich selbst an einige Leute wenden, die sich dann mit ihrer Fraktion ins Benehmen setzen dürften. Ob mit ihrer Fraktion ins Benehmen gehen dürfen wird, der Kanzler auf diesem Wege sein Ziel erreichen wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen müssen. Ein weiteres Hindernis für eine Verständigung zwischen der Regierung und den Sozialdemokraten, bilden hauptsächlich

die Notverordnungen des Kabinetts Brüning.

Die bekanntlich von der Linken aufs schärfste bekämpft worden sind. Man nimmt an, daß die Sozialdemokraten die Änderungen, die sie für notwendig gehalten werden, die aber nicht als Initiativgesetze eingebracht werden, die aber nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit der Regierung zustande kommen dürften.

wird ein Kommunist, wahrscheinlich Thälmann, werden. Der Posten des dritten Vizepräsidenten wird dem Zentrum zufallen, das wieder den Abg. Esser präsentieren wird.

Die Reichstagsfraktion der Staatspartei.

Hält im Reichstag ihre erste Sitzung ab, an der auch der außerparlamentarische Führer der Staatspartei, Artur Mahr, teilnahm. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Dr. August Weber gewählt.

Ferner tagte im Reichstag die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes. Sie beschäftigte sich mit der politischen Lage und stellte in einer Erklärung fest, daß sie der Presse nach, wonach der Volksdienst mit anderen Gruppen im Reichstag fraktionell zusammengehen werde, völlig fernstehe. Die endgültige Entscheidung über die Politik im Reichstag liege bei der parlamentarischen Gruppe.

Landvolkspartei und Wahlergebnis.

Der Führer der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei, Höfer, erklärte einem Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, er beurteile die Lage im Reich dahin, daß eine andere Möglichkeit als die einer Reichsregierung von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum bis zu den Nationalsozialisten nicht gegeben sei. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei werde etwaigen Anregungen von dritter Seite, sich an einer großen Koalition mit den Sozialdemokraten zu beteiligen, ein kategorisches „Nein“ entgegenzusetzen.

Politische Rundschau.

:: Berlin vor dem Landtag. Die Tagesordnung für die erste Vollversammlung des preussischen Landtags nach der Sommerpause, am 14. Oktober, enthält als wichtigsten Punkt die erste Beratung der Berlin-Vorlage, jenes Gesetzes, das die Verwaltungsreform für Groß-Berlin von einer Provinzialverwaltung annähern will.

:: Die Wirtschaftlichkeit des Kraftwagenverkehrs der Deutschen Reichspost. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost billigte die bisherige Verkehrspolitik der Deutschen Reichspost auf dem Gebiete des Kraftpostwesens. Das Kraftpostwesen soll nach dem Willen des Verwaltungsrats auch künftig als gemeinnütziges Unternehmen nach den Gesichtspunkten des Gemeinwohls geleitet werden. Ramentlich sollen verkehrsstarke Gebiete weiterhin berücksichtigt werden, auch wenn der Betrieb einer Kraftpostlinie dort nicht rentiert.

:: Deutsch-französisches Studententreffen in Mannheim. Das Auslandsamt des Deutschen Studentenverbandes hält vom 16. bis 21. September in Mannheim ein deutsch-französisches Studententreffen ab — das erste Studententreffen dieser Art nach dem Kriege.

:: Was wird mit Treviranus? Am 30. September wird das Reichsministerium für die besetzten Gebiete aufgelöst. Damit fällt auch an diesem Tage das Ministerium für den bisherigen Reichsminister Treviranus fort. Bisher sind noch keine Entscheidungen darüber getroffen, ob Treviranus Mitglied des Reichsministers bleibt.

Rundschau im Auslande.

• Die holländische Regierung will mit Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Interessen im westdeutschen Industriegebiet ein Generalkonsulat in Düsseldorf einrichten.

• Als Aufsatzer der französischen Parlamentsession wird Ministerpräsident Lardieu in Südfrankreich die traditionelle politische Rede halten, die jeder französische Ministerpräsident vor Zusammenritt des Parlaments zu halten pflegt.

• Präsident Hoover hat sich entschlossen, die neue argentinische Regierung Urburu anzuerkennen.

Konflikt zwischen Peru und Uruguay.

• Aus Montevideo wird gemeldet, daß die uruguayische Regierung beschlossen hat, die diplomatischen Beziehungen mit Peru abzubrechen, weil die peruanische Regierung den uruguayischen Gesandten Forcalada in Lima als unerwünscht bezeichnet hat, da er bei dem Umsturz dem Präsidenten Leguia und einigen seiner Anhänger Asylrecht gewährt habe.

Manöverunfall bei der Reichswehr.

Ein Soldat getötet, zwei schwer verletzt
Ein mit Soldaten besetzter Lastkraftwagen stürzte in der Nähe von Berlin, als er in einen Straßengraben fuhr, um. Dabei wurden ein Soldat getötet und zwei schwer verletzt.

Erster Manövertag.

Die Truppenverbände durch markierte Truppen ergänzt.
Der erste Manövertag bot in Bad Kissingen, dem Hauptquartier der Manövertruppen, ein ungewöhnliches Bild. Truppen aller Waffengattungen in Feldausrüstung belebten die Straßen.

30 Offiziere aus Rußland, Japan, Italien, Bulgarien, Großbritannien und anderen Ländern weilen als Manövergäste der Heeresleitung in Kissingen. Auch zahlreiche Pressevertreter sind im Manövergelände eingetroffen.

In der ganzen Gegend herrscht militärischer Hochbetrieb. Truppen mit Fuß und Wagen, die nach allen Richtungen des reizenden Fleckchens Erde marschieren, das zum Manövergelände ausersehen ist. Hier ein Patrouillentrupp, dort eine Fernsprechkolonne, die Leitungen legt und Masten errichtet. Dann wieder Feldküchen, die die Truppen mit Proviant versorgen sollen. Neugierig drängt sich die Bevölkerung zusammen wo es nur immer geht, um das einzigartige Schauspiel mitzuerleben, das dem einzelnen nur selten geboten wird.

An der Regnitz.

südlich von Bamberg sieht die blaue Armee im Kampf gegen ihren roten Gegner, der von Westen her vorgebrungen ist. Südlich vom Thüringer Wald haben sich weitere blaue Truppen, in der Maingegend rote gesammelt, deren Kämpfe im wesentlichen die Aufgabe des Manövers bilden. Während die einzelnen Stäbe voll besetzt sind, werden die Truppenverbände durch markierte Truppen ergänzt. Montag nachmittag wurde der

„Kriegszustand“

verhängt. In der Nacht vom Montag zum Dienstag kam es bereits zwischen Kavallerietruppen beider Parteien zu einem Feuergefecht bei Neustadt an der Fränkischen Saale. Aus diesem Gefecht ergab sich, daß die nördlich des Thüringer Waldes zusammengezogenen blauen Truppen, deren Stärke im Verlaufe der Nacht auf sechs Divisionen anstiege, sich in unentwegtem Vorgehen gegen die ebenfalls starken roten Streitkräfte, die sich in der Maingegend konzentriert hatten, befinden. Auch der Dienstag brachte einige

interessante Gefechte.

in denen das neuzeitliche Bild einer Gefechtsformierung von Schwadronen entwickelt wurde, die mit großem Geschick die Gestaltung und Bedeutung des für Militärlübungen ausgezeichneten Geländes ausnützten und sich truppweise in die Feuerlinie vorstießen.

Im wesentlichen war der erste Tag ein Tag der Märsche in die strategisch und taktisch wichtigen Geländeabschnitte.

Evangelisches Deutschland.

Die Reichstagsung des Gustav-Adolf-Vereins.

Im weiteren Verlaufe der Herbsttagung des Gustav-Adolf-Vereins in Stuttgart hielt der Führer des Gustav-Adolf-Vereins, Professor Dr. Dr. Hendtorff-Leipzig eine programmatische Rede, in der er betonte, daß sich der Gustav-Adolf-Verein angesichts der Not der schwer kämpfenden Stammesgenossen jenseits der Grenzen nicht mehr darauf beschränken könne, hier und da einzelne Kirchen zu bauen, sondern das größere Ziel ins Auge fassen müsse, die deutschen Kirchengemeinden in fremder Umgebung wie die in Siebenbürgen, Lettland und Galizien planmäßig in ihrem Kampfe um die Selbstbehauptung zu unterstützen.

Nachdem Generalsekretär Dr. Dr. Geisler-Leipzig den Jahresbericht erstattet hatte, der in seiner Ueberschau über das evangelische Auslandsdeutschtum ein interessantes Kulturdokument darstellt, sprach — an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kieler Juristen Professor Dr. Holstein — Graf Lüttichau, der Direktor des Kaiserwerther Diakonissenmutterhauses, über die Bedeutung der Schwesterarbeit für das Gustav-Adolf-Werk.

In den Zentralvorstand, der die weit verzweigten Geschäfte des Gustav-Adolf-Werkes verantwortungsvoll führt, wurden u. a. neu gewählt Staatsminister A. Dr. Dr. Voelck-Berlin, Erzbischof Dr. Edlerblom-Schweden und Dr. Behrenspennig-Gablonz, der Präsident der deutschen evangelischen Kirche in der Tschechoslowakei.

Morphiumschmuggler.

Auf der „Europa“. — Der Kapitän läßt einen hochbetagten Beamten verhaften.

Der Kapitän des Schnelldampfers „Europa“ hatte auf der Fahrt nach New York erfahren, daß sich an Bord des Schiffes ein Koffer mit Morphinum befand. Er unterrichtete durch Radiotelegramm die New Yorker Zollbehörde, die besondere Wachen ausstellte.

Diese entdeckten nach der Landung der „Europa“, daß ein Koffer mit Morphium, der, wie sich nachher herausstellte, einen Wert von 20 000 Dollar hatte, durch Matrosen von Bord gebracht wurde.

Der Hilfsgepäckmeister des Norddeutschen Lloyd in New York, Schach, belachte den Koffer später mit Zerknirschung und versuchte, ihn so durch die Zollkontrolle durchzuschmuggeln. Schach wurde verhaftet.

Schach ist ohne Zweifel bestraft worden. Man hofft, infolge der Aufmerksamkeit des Kapitäns der „Europa“ einen großen Schmuggler zu fassen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Der rote Hahn.

In der brennenden Scheune getötet.

In Kornwestheim bei Ludwigsburg brach in einer Scheune Feuer aus, das rasch auf zwei angrenzende Scheunen übergriff. Die Scheuern, die mit Erntevorräten gefüllt waren, brannten vollkommen nieder.

Die Ehefrau des Landwirts Wirth, die offenbar, um noch einen Gegenstand aus der brennenden Scheune zu retten, in diese eingedrungen war, kam in den Flammen um.

Brandstiftung.

In Nieder-Langenbühl bei Lauban (Schlesien) brannte die Feldscheune des Ritterguts Schult von Dragitz mit großen Mengen Roggen, Dreschflößen, Strohpresse, Motoren sowie sämtlichen Ackervagen vollständig nieder. Ein benachbarter großer Strohschober wurde ebenfalls ein Raub der Flammen. Etwa 700 Zentner Roggen und das dazu gehörige Stroh verbrannten. Da das Feuer an mehreren Stellen zugleich ausbrach, liegt zweifellos Brandstiftung vor.

An der Brandstelle ist schon zweimal, und zwar 1923 und 1927, die Feldscheune niedergebrannt. Man vermutet einen Racheakt.

Verschiedenes.

Schlesische Bodenreform-Woche. Vom 27. September bis 2. Oktober 1930 im „Boberhaus“ zu Löwenberg. Vorträge von Dr. Damschke, Reg.-Vizepräsident Wille, Liegnitz; Direktor Wagner, Berlin; Präsident Peuß, Dessau; Fachvorsteher Venter, Breslau und anderen. Auskunft durch Berufsschul-Fachvorsteher E. Venter in Obernigh bei Breslau.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.
Heute, Donnerstag, 8 Uhr Jungvolk-Abend.
Freitag 8½ Uhr Bibelstunde in Gosen. Herr Pastor Schlatter. Wir beginnen mit dem ersten Johannes-Brief. Gäste willkommen.

— Oratoriendorf. Heute (Donnerstag) Übungsstunde.
— Wir machen auf die Ausstellung von Frä. Schrader aufmerksam in einem Schaufenster von Ophir. Wer seinen Angehörigen oder Freunden eine Freude machen will, findet hier eine gute Gelegenheit. Frä. Schrader fängt am 1. November mit einem Malunterricht wieder an. Sie ist selbst 8 Tage zur Auskunft in Ophir bereit.

— Donnerstagabend 8½ Uhr in Gosen
Blaue Kreuzstunde.
Jeder ist herzlich eingeladen.

— Verloren oder irgendwie abhanden gekommen eine zweireihige Halskette aus kleinen roten Korallen mit goldenem Verschluß. Simon, Bethelweg 53.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Am 14. September ist der seit fünf- undzwanzig Jahren in unserm Betriebe beschäftigte Maler

Wilhelm Dammann

heimgegangen. Viele in unserer Anstalt haben ihn als treuen Arbeiter schätzen gelernt. Wir alle seine Mitarbeiter haben ihn lieb gehabt und werden seiner gerne gedenken.

Die Arbeiter und Angestellten in der Malerei Bethel.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Suche zu bald eine gebildete Haustochter

von frischem, resolutem Wesen, durchaus kinderlieb, nicht unter 19 Jahren, im Haushalt und v. allem im Nähen nicht unerfahren ist, gegen Taschengeld. Tücht. Mädchen vorh. Angebote m. Angabe Familienverhältnisse und Lichtbild an

Frau Viktor Ringel, Mülheim-Ruhr-Strgum.

Junger gläubiger Hochbautechniker

zum 15. Oktober gesucht. Zeugnisabschriften mit Bild und Gehaltsansprüchen sind einzusenden. Baugeschäft J. Kammerdiener in Tann Rhöngebirge.

Geb. Mädchen, im Haushalt und Garten ausgebildet, sucht

Stellung

als Stütze bei voll. Familienanschluß. Angebote an Frau Meyer-Hermann, Hameln, Klüftstraße 5.

Für junges Mädchen

25. J. alt, als Fürsorgerin ausgebildet, kinderl., in allen Zweigen der Hauswirtschaft erfahren, such. wir z. 1. 10. passenden Wirkungskreis. Gefl. Angeb. an Kirchh. Jugenddienst-Neuruppin (Markt)

Möbel

Wegen Räumung verkaufe ich in Bielefeld, Bielefeldstr. 6 Eiche Schlafzimmer voll. abgesehen, prima Modelle, direkt ab Fabrik. Complet zum Preise von nur RM 540.— Wilh. Deppe, Möbelfabrik.

Kur-Anstalt Erholungshaus Ebert

vegetarisch und Rohkost
Bonneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage
Pastor Felkeuren. Prosp. freil

Werbt für den Aufwärts!

Die neue Miele N° 100



Die ideale Maschine für den besseren Privat-Haushalt.

Kupferbottich blank oder vernickelt - Aluminium-Wäschebeweger - Schwenkbarer Winger mit Aluminiumrahmen mit Vor- und Rücklauf und Momentauslösung-Vollkommen geräuschloser Gang. Gediegene Werkmannsarbeit.

Zu beziehen durch die Fachgeschäfte.
Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands, über 2000 Werke angehörend